

Bezugspreis:

Wochenpreis
für Bad Ems 3 M.
Bei den Postanstalten
(einschl. Postgebühren)
3 M. 27 Pf.
Erscheint täglich mit Aus-
nahme der Sonn- und
Feiertage.
Druck und Verlag
von S. Chr. Sommer,
Bad Ems.

Emser Zeitung

(Kreis-Anzeiger)

(Zahn-Vote)

(Kreis-Zeitung)

verbunden mit dem „Amtlichen Kreisblatt“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 37

Bad Ems, Donnerstag den 13. Februar 1919.

71. Jahrgang.

Die Nationalversammlung.

RTB. Weimar, 11. Febr. An den Tischen für die Reichsregierung und die Vertreter der Einzelregierungen (Ebert, Scheidemann, Landsberg, Noske, Dr. von Kreuze, Erzberger, Schiffer, Bauer, Girsch, Dr. Preuß, Dr. Südekum und andere).

Präsident Dr. David eröffnet die Sitzung um 3.20 Uhr. Von den rheinischen Abgeordneten ist ein Antrag auf die Schaffung besserer Zugverbindungen nach dem Rheinland eingebracht worden. Der Präsident wird das Geforderliche sofort veranlassen.

Reichspräsident Ebert: Der Ruf, den Sie an mich richten, ist ein Ruf der Pflicht. Ich folge ihm in dem Bewusstsein, daß heute mehr als je jeder Deutsche auf dem Platze, auf den er gestellt wird, seine Pflicht zu tun hat.

(Beifall.) Mit allen meinen Kräften und mit voller Eingabe werde ich mich bemühen, mein Amt gerecht und unparteiisch zu führen (Zwischenrufe bei den Unabhängigen), niemand zu fesseln, niemand zu leiten. (Beifall.) Ich gelobe, daß ich die Verfassung der deutschen Republik getreulich wahren und schützen werde. (Beifall.) Ich will und werde als Beauftragter des ganzen deutschen Volkes handeln, nicht als Vorkämpfer einer einzelnen Partei. (Beifall.)

Ich bekenne auch, daß ich ein Sohn des Arbeiterstandes bin (Beifall), aufgewachsen in der Gedankenwelt des Sozialismus, und daß ich weder meine Herkunft, noch meine Überzeugung zu verleugnen gedenke (Beifall).

Indem Sie das höchste Amt des deutschen Freistaates mir anvertrauen, haben Sie — ich weiß es — keine einseitige Parteiherrschaft aufstellen wollen. Sie haben aber damit den ungeheuren Wandel anerkannt, der sich in unserem Staate vollzogen hat und zugleich auch die gewaltige Bedeutung der Arbeiterklasse für die Aufgaben der Zukunft Deutschlands anerkannt.

Die ganze wirtschaftliche Entwicklung läßt sich darstellen als eine fortwährende Abwertung und Abtragung der Vorrechte der Geburt. Jetzt hat das deutsche Volk dieses Verrecht auf dem Gebiete der Politik rechtlos beseitigt. (Beifall.)

Und auch auf sozialem Gebiete vollzieht sich diese Wandlung. Auch hier werden wir bestrebt sein müssen, allen im Rahmen des Möglichen den gleichen Ausgangspunkt zu geben, das gleiche Gesicht aufzuweisen. Mögen wir um die Formen ringen, in denen sich dieses Recht durchführen läßt, das Streben nach dieser höchsten menschlichen Gerechtigkeit wird uns allen eine sein.

Freiheit und Recht sind Willenswörter. Die Freiheit kann sich nur in fester staatlicher Ordnung gestalten. (Zehr richtig! recht.) Sie zu schützen und wieder herzustellen, wo sie angetastet ist, das ist das erste Gebot derer, die die Freiheit lieben. (Beifall.)

Niemand soll in den Verband der Republik gezwungen werden, aber es soll auch niemand mit Gewalt von ihr getrennt werden, den es zu ihr zieht und drängt. (Beifall.)

Nur auf das freie Selbstbestimmungsrecht wollen wir unseren Staat gründen nach innen und außen. Die Freiheit aller Deutschen zu schützen mit dem äußersten Aufgebot an Kraft und Eingabe, dessen ich fähig bin, das ist der Schwur, den ich in dieser Stunde in die Hände der Nationalversammlung lege. (Beifall.)

Den Frieden zu erringen, der Nation das Selbstbestimmungsrecht zu sichern, die Verfassung auszubauen und zu begründen, die allen deutschen Männern und Frauen die politische Gleichberechtigung unbedingt verbürgt, dem deutschen Volke Arbeit und Brot zu schaffen, sein ganzes Wirtschaftsleben so zu gestalten, daß die Freiheit nicht Vortrefflichkeit, sondern Kulturfreiheit wird, das sei das Ziel, dem wir zustreben.

(Beifall.) Ich weiß, daß die Kraft des einzelnen, wo immer er auch stehe, gering ist, wenn sie sich nicht mit allen lebendigen Kräften des Volkes verbindet. Ein so hartes Gesicht unser Volk auch betroffen hat, an seinen lebendigen Kräften verzweifeln wir nicht. Unser Volk hat sich in großen Bewegungen Licht und Lust geschaffen. Unser Volk wird sich durchsetzen draußen in der Welt und zu Hause.

Die Tüchtigkeit der Männer der Volkswahl, das Ehrliche ihres Strebens und die Reinheit ihres Willens müssen den Beweis erbringen für die Richtigkeit des großen Grundgedankes der Selbstregierung. Alle diese Forderungen stellen an mich die schwersten Aufgaben und Pflichten. Mein Bestes will ich dafür einsetzen, ihnen zu genügen. Gemeinsam aber wollen wir unermüdet arbeiten für das Glück und Wohlergehen des deutschen Volkes und so, meine Damen und Herren, lassen Sie mich rufen: Das deutsche Vaterland und die deutsche Regierung, sie leben hoch! (Das Haus, mit Ausnahme der Unabhängigen, hat sich erhoben und stimmt dreimal in den Schluß ein. Handklatschen im Hause und auf den Tribünen.)

Damit ist die Tagesordnung erledigt.
Nächste Sitzung Donnerstag, 3 Uhr: Entgegennahme einer Erklärung der neuen Reichsregierung.

Die neue Regierung.

Berlin, 11. Febr. Der Vorwärts schreibt heute abend: Die neue Regierung ist soeben zustande gekommen. Die Sozialdemokraten entsenden in das Kabinett Scheidemann:

Ministerpräsident, Landsberg: Justiz, Noske: Heer und Marine, Bissel oder Huz: Wirtschaftsamt, Bauer: Arbeitsamt, David scheidet durch seinen Eintritt in die Regierung aus dem Präsidium der Nationalversammlung aus; für ihn tritt Heinrich Schulz als Vizepräsident in das Präsidium ein. Die bürgerlichen Mitglieder sind die folgenden: vom Zentrum Erzberger ohne Portefeuille, Wiesbarts: Post, Gerold: Ernährungsamt; der letztere hat bisher jedoch noch nicht angenommen, es ist möglich, daß hierfür noch ein anderes Mitglied der Zentrumsparlei in Frage kommt. Von den Demokraten: Preuß: Vizepräsident und Inneres, Schiffer: Finanzen, Peterjani: Reichsjustizamt; auch der letztere Name steht noch nicht fest.

Die Pariser Konferenz.**Der Völkerbund.**

RTB. 10. Febr. Das holländische Nieuws-Bureau meldet aus Paris: Wie verlautet, sind unter französischem Einfluß mehrere Änderungen des Völkerbundesplans vorgenommen worden, so daß die ganze Einrichtung des Bundes sich mehr in die Richtung der nationalen Souveränität verschiebt. Besonders trifft dies zu auf die Pläne der Beibehaltung der nationalen Streitkräfte. Wie Sarraute, der Frankreich in dieser Kommission vertritt, mitteilt, umfaßt die Absetzung jetzt folgende Punkte:

1. Ein bevollmächtigter Ausschuss von 10 bis 12 Mitgliedern, die von den Großmächten ernannt werden, aber für den Gesamtbund aufzutreten sollen; dieser Ausschuss ist permanent.
2. Ein Gerichtshof, der die Streitfragen entscheidet und die Nationen vorladen läßt, die vom Völkerbund die betreffende Zahlung zu erhalten haben.
3. Ein internationales Parlament, das jährlich einmal zusammentritt, Delegierte aller Mitgliedsnationen umfaßt und sich mit der internen Gesetzgebung beschäftigt.
4. Eine internationale Streitmacht, die aus Heer und Flotte besteht.
5. Jede Nation muß innerhalb ihrer Grenzen ihren Teil des Heeres beibehalten und diesen sofort auf Wunsch des Völkerbundes überlassen zur Verfügung stellen.

Diese Militärmacht wird lediglich dazu verwendet, um Nationen zu zwingen, ihre Verpflichtungen ohne Krieg durch den Apparat des Völkerbundes zu erledigen. Wenn diese Regelung sich als unmöglich erweist, darf ohne weitere Einmischung des Bundes der Krieg erklärt werden, solange die kriegsführenden Parteien die vom Bund festgestellten Kriegsgeetze achten. Außer den militärischen Maßnahmen kommt auch der wirtschaftliche Boykott als Machtmittel in Betracht.

RTB. 10. Febr. Der Daily Telegraph meldet aus Paris vom 8., man habe Anlaß zu der Annahme, daß Frankreich, das in gewissen Punkten, u. a. in Bezug auf die Kolonialgebiete sehr mächtig gewesen sei, namentlich infolge der kräftigen Haltung der öffentlichen Meinung keine Zugeständnisse in dem höchst wichtigen Punkte der militärischen Beaufsichtigung Deutschlands machen wolle. So werde auch die gesamte Stellungnahme der französischen Regierung zum Völkerbund durch die Ernennung bezeugt, daß Frankreich jederzeit imstande sein müsse, eine Übermacht der Streitkräfte an der Ostgrenze zu vereinigen, und deshalb die militärischen Bündnisse möglichst erhalten müsse.

Die Verzögerung des Waffenstillstandsabschlusses.

RTB. Weimar, 11. Febr. Die Waffenstillstands-Kommission, die sich vorbereitet hatte, heute morgen nach Trier abzureisen, hat ihre Reise vorläufig verschoben müssen, weil auf das Telegramm an die Verbandvertreter die Antwort eingetroffen ist, man könne den Beginn der Verhandlungen noch nicht festsetzen. Die deutsche Kommission würde 40 Stunden vorher — wie der Verband sich ausdrückt — rechtzeitig verständigt werden.

Die bevorstehenden neuen Waffenstillstandsbedingungen.

RTB. London, 10. Febr. Reuter. Die Daily Mail schreibt, noch habe bei jeder Erneuerung des Waffenstillstands mit Zweideutigkeiten und Ausflüchten zu kämpfen. Die Lage verurteile besonders in Frankreich ernstliches Unbehagen. Wenn der Waffenstillstand wieder erneuert werden müsse, würden die Alliierten Deutschland zweifellos neue Bedingungen auferlegen, die Deutschland ebenso sicher gewähren und hinterher ignorieren werde. Zu diesen Garantien werde vielleicht die Ausdehnung des besetzten Gebiets gehören, z. B. die Besetzung von Essen. Die Gefahr könne aber nur durch die Erzwörung der sofortigen Demobilisierung in Deutschland beseitigt werden. Für die Aufrechterhaltung des inneren Friedens sei eine kleine geschulte Truppe alles, was Deutschland brauche und alles, was man ihm anvertrauen könne.

Von der Waffenstillstandskommission.

werden Mitteilungen dahingehend gemacht, daß die Lebensmittellieferung des Verbandes, von denen in den letzten Tagen die Rede war, wesentlich ungünstiger zu

beurteilt ist, als es im ersten Augenblick schien. Der Verband hat die Lebensmittellieferung ausdrücklich von weiteren Bedingungen abhängig gemacht. Diese lassen sich kurz in folgende Sätze zusammenfassen:

Es wird jetzt gefordert, daß die abzuliefernden Schiffe nicht bloß dem Verband zur Verfügung gestellt werden, sondern auch die Neubauten, welche zurzeit in deutschen Häfen vorgenommen werden. Hierfür war in dem in Trier abgeschlossenen Vertrag kein Rede. Die deutsche Waffenstillstandskommission dachte damals nur an die fahrbereiten Schiffe. Was die Mannschafsforderung anbelangt, ist in Trier vereinbart worden, daß im Falle von Unzufriedenheiten holländisch gestützte deutsche Mannschaften durch Mannschaften des Verbandes ersetzt werden dürfen. Nun hat die verbündete Waffenstillstandskommission in Spa das Verlangen ausgesprochen, daß die Mannschaften von ihren Schiffen entfernt werden müssen, sobald die ersten Verbandsschiffe erreicht haben. Ein weiterer Streitpunkt ist die Frage der Entschädigung für den zu Transportzwecken benutzten Schiffsraum. Es sollte hierüber bald eine Vereinbarung erzielt werden, daß in London eine Schiffskontrollkommission zusammentritt. In ihr sollte ein deutscher Vertreter tätig sein. Im Waffenstillstandsvertrag war hierfür das Wort „Mittler“ eingesetzt. Nun wird dieses Wort nachträglich dahin gedeutet, daß das deutsche Mitglied nur zu informativem Zweck zugelassen werden soll. Unsere Gegenvorschläge hat die verbündete Waffenstillstandskommission in Spa gar nicht entgegengenommen, so daß die deutsche Regierung gezwungen ist, schriftlich die weiteren Bedenken vorzutragen. Die deutsche Bitte, die Abwehrungsmaßnahmen im Brückenkopf Mainz zu mildern, wurde von der feindlichen Kommission abschlägig beschieden.

Die Lage im Osten.

RTB. Danzig, 11. Febr. Auf Antrag der 35. Infanteriedivision ist der Belagerungszustand, der auf Grund der Vorgänge vom 28. Januar über Culinsee verhängt worden mußte, auch auf eine Anzahl Ortschaften der Umgegend Culinsees ausgedehnt worden. Die Division hat in diesen Grenzgebieten durch die feindliche Haltung der Polen, die die Fernsprecheinrichtungen zerstören und den Truppen hemmenden Widerstand leisten, nach wie vor erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden. Ueber die Einnahme von Telsze östlich Memel berichten Flüchtlinge: Die Stadt wurde nach einem kleinen Schermüßel von einer 200 Mann starken Abteilung mit Maschinengewehren besetzt, weitere 4000 sollen anrücken. Requisitionen erlösten Umfänge wurden in der Gegend vorgenommen. Die Polische Polizei von Lubinski und den Dörfern der Umgebung wurden geschlossen zum Einzerzieren nach Schaulen transportiert. Die Bolschewisten erließen Manifeste, die besagen, daß in Litauen der Bolschewismus genau so eingeführt wurde, wie in Rußland. In Bausk, nordöstlich Wilna, rückte das 3. lettische Bataillon ein. Feindlich gesinnte Personen der Umgebung wurden verhaftet und nach Bausk geschleppt. Mehrere Priester wurden erschossen. In Eiken wurden 123 wohlhabende deutschsprechende Leute bei einer Versammlung überfallen und festgenommen, 63 von ihnen sollen am nächsten Tage in Bausk erschossen worden sein. Auch mehrere Letten, die während der deutschen Besetzung das Amt des Gemeindevorstehers versehen, wurden erschossen. Später rückte auch das 2. lettische Bataillon ein. Die Truppen äußerten, sie seien von Lenin geschickt, um sich mit der deutschen Sparta-Gruppe zu vereinigen.

Die Polen vor Bromberg.

Zu Schneidemühl, 11. Febr. In Bromberg hat sich die Lage in den letzten Tagen verschärft. Der Bahnverkehr Schneidemühl-Bromberg ist seit gestern unterbrochen, da die Polen den Bahnhof Katel mit Artillerie beschießen. Man hofft jedoch in den nächsten Tagen Luft zu schaffen. In Bromberg sind große Truppenmassen zusammengezogen.

RTB. Katel, 10. Febr. Den Schuß der Stadt Katel, die unter schwerer Artilleriefeuer liegt, übernahm das Freiwilligenbataillon Bräunow, welches am 5. Februar Berlin verlassen hatte. Das Korps führt augenblicklich die Stadt und die umliegenden Ortschaften und steht in enger Verbindung mit dem Feinde, welcher über gut ausgebildete, wohl-disziplinierte Infanterietruppen verfügt. Die Einschläge der polnischen Artillerie erfolgen hauptsächlich am Bahnhof und auf dem Marktplatz, doch erwidert die Artillerie des Freiwilligenkorps ununterbrochen das Feuer. Augenblicklich muß man mit einem kräftigen Vorstoß der Polen rechnen. Die Eisenbahnlinie ist aufs schwerste bedroht, wenn es den Polen gelingt, Katel einzunehmen.

Deutschland.

D-See räuberei in der Nordsee. Aus Greifmünde wird gemeldet: Auf dem Personendampfer Minden der Norddeutschen Hochseefischergesellschaft Herfissen, wie ein hier eingetroffenes Telegramm meldet, zwei Matrosen und zwei Zivilisten den Wächter und warfen ihn ans Land. Darauf erschien ein Schleppdampfer, der mit dem Fischdampfer abdampte. An Bord des Fischdampfers verlaufte dann der Anführer, einer der Matrosen, das Schiff für 250.000 Mark an die beiden Zivilisten. Die Räuberei des gestohlenen Schiffes nahm sofort die Verfolgung mit einem anderen Dampfer auf, und in Glesleb gelang es der in-

zwischen benachteiligten Kriminalpolizei, den Hauptdelinquenten zu verhaften.

D. Friedrich Ebert. Als Sohn eines Schneiders wurde Friedrich Ebert am 4. Februar 1871 zu Heidelberg geboren. Seine Jugend war bescheiden und lichts. Er besuchte die Volksschule und wurde als Bierhelfer zu einem Sattler in die Lehre geschickt. Um diese Zeit bereits gehörte er der Sozialdemokratie an. Er wurde, Redakteur der „Premer Bürgerzeitung“, wurde von der Partei als Kandidat aufgestellt, gewählt und in der Folgezeit Arbeitersekretär. Einige Jahre später ernannte man ihn zum Vorsitzenden der Zentralfstelle der arbeitenden Jugend Deutschlands und entsandte ihn in den Vorstand der Gesamtpartei. Als Abgeordneter für den Wahlkreis Elberfeld-Barmen zog er dann 1912 in das Parlament am Königsplatz ein. — Wie bekannt, wird der neue Reichspräsident eine Dotation von einer Million Mark beziehen.

D. Wahlen in Coburg. Bei den Wahlen zur gegebenen Landesversammlung für den Staat Coburg wurden abgegeben: Für die Liste der Mehrheitssozialisten 20 538 Stimmen, für die gemeinschaftliche Liste des Bürger- und Bauernbundes 14 503 Stimmen. Die Zahl der Sitze verteilt sich wie folgt: 7 Mehrheitssozialisten, drei Demokraten, ein deutschnationaler (Bund der Landwirte).

Die Wirtschaftnot Deutschlands.

— Deutschlands Geldwirtschaft. Zu einer Mitteilung des Finanzministers Südekum, wonach „mit der Möglichkeit eines deutschen Staatsbankrotts“ in Deutschland zu rechnen sei, liegt in Berlin von angeblich amtlicher Stelle die Mitteilung vor, daß bestimmte Kräfte für „Konvertierung der Reichsanleihen oder des Papiergeldes“ nicht gebiet würden: „Die Reichsfinanzverwaltung sieht noch immer auf dem Standpunkte, daß die Sanierung der Reichsfinanzen auf dem Wege eines einjüngenden Steuer-, Finanz- und Wirtschaftspragramms erfolgen müssen, und daß diese Durchführung, auch möglich, sei, wenn in nicht allzu ferner Zeit die politische und wirtschaftliche Ordnung wieder hergestellt werden würde.“ — Die vom Parlament bewilligten Gesamtkredite des Reiches werden mit dem 25 Milliarden-Kredit auf 164 Milliarden steigen. Wie dazu die Deutsche Wg. Jg. hört, wird das Reich sich vorherhand mit der Ausgabe von Schatzanweisungen helfen.

112 Maschinengewehre in Erfurt beschlagnahmt.

Berlin, 11. Febr. Wie mitgeteilt wird, sind bei der Durchsuchung nach Waffen in Erfurt von den Regierungstruppen außer zahlreichen Karabinern und Revolvern nicht weniger als 112 Maschinengewehre gefunden und beschlagnahmt worden.

Im Paradies der Narren.

Unter dieser Überschrift finden wir in der Morning Post vom 8. Februar einen Bericht ihres deutschen Korrespondenten über die Zustände in Berlin, den wir ohne jeglichen Kommentar wiedergeben:

Ein vor einigen Tagen zurückgekehrter Offizier, der einer der alliierten Missionen in Berlin angehört, erzählte mir von seinem sechswöchigen Aufenthalt in Berlin, daß die Lebensmittelpreise noch ständig sprunghaft steigen, da die Lebensmittel immer seltener werden. Er nahm eine Mahlzeit mit zweien seiner Freunde in einem der größten Gasthäuser ein; das Essen bestand aus einer dünnen Suppe, Gemüse als Beilage und einer rätselhaften Vorspeise aus Büchsenfleisch, darauf ein armseliges Huhn mit Kartoffeln, Koffenpunkt 385 M. (!)

Das Berliner Leben wird durch eine fieberhafte Vergnügungssucht in den dichtbesetzten Nachtcafés charakterisiert und durch die völlige Verzweiflung der übrigen Bevölkerung der Großstadt. Tausende von Menschen, sagte er, sind ausschließlich am Vergnügen, und Verbrechen, hauptsächlich Diebstähle und Hehlereien, vermehren sich. Über 60 Nachtlokale gedeihen glänzend im Zentrum der Stadt und sind bis Anbruch des Morgens dichtgefüllt, hauptsächlich den entlassenen Offizieren, Soldaten und liebesüchtigen Gefallen. Champagner, die Flasche zu M. 120—135, findet noch immer gute Abnehmer. Eine Atmosphäre der Leichtfertigkeit und eine Geringschätzung der kritischen Lage des Landes beherrscht die leichtsinnigen Schwelgereien und Lustbarkeiten, und die wildsten Ausschweifungen kommen vor. Die Kellner in einem allgemein bekannten Cafe erhalten ein Gehalt von M. 12 000 das Jahr, was die Folge des Umstandes ist, daß sie mit einem bestimmten Gehalt angestellt worden sind. Neugierige Zuseher sind in anderen Cafés führten die Abschaffung des Trinkgeldzwanges herbei, aber dafür werden den Gästen 20 Prozent ihrer Rechnung für Bedienung angerechnet.

Mein Berichterstatter fügte hinzu: Das Volk hat nicht die schwächste Ahnung des Schicksals, das seiner wartet, alles glaubt, der Präsident Wilson werde ihnen einen Kompromißfrieden sichern, der noch ein gutes Stück vom allgemeinen Zusammenbruch retten wird, die Kolonien mit einschließen. Aus diesem Grunde sind sie nicht sonderlich beunruhigt, weil sie sich an den Glauben klammern, daß Amerika den Schlag abschlagen werde. Wenn das Ergebnis der Friedenskonferenz in Deutschland bekannt wird, muß der größte Ausbruch der Wut eintreten, der je erlebt worden ist. Und Berlin wird ein äußerst unangenehmer Aufenthaltsort werden.

Unsere Gefangenen in Rußland.

Berlin, 11. Febr. Von zuständiger Seite hören wir, daß die Zahl der in Rußland noch lebenden deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen auf 45 000 Mann geschätzt wird. 40 000 von diesen Gefangenen befinden sich in Sibirien, 2 500 dürften in Turkestan sein, weitere 2 000 bis 2 500 befinden sich im Gebiet der Donkossaken und im Kaukasus. Einige tausend Kriegsgefangene haben sich den bolschewistischen Truppen in Deutschland angeschlossen. Teils haben sie das aus Sympathie mit den Bolschewisten getan, teils getrieben aus Not und Hunger. Zur Vermittlung von Nachrichten und Postfachen hat sich das amerikanische Rote Kreuz in Bladiogorok bereit erklärt. Die japanische Regierung ist durch Vermittlung der Schweizer Regierung ersucht worden, anzugeben, wie es mit den in Sibirien sich befindenden deut-

lichen Kriegsgefangenen steht, soweit dieses Gebiet von japanischen Truppen besetzt ist. Es ist ferner die Zusage gegeben worden, daß die in japanischen Händen weilenden deutschen Kriegsgefangenen durch Schweizer Kommissionen besucht werden würden.

Deutschland und der ferne Osten.

Bei uns in Deutschland sind durch den unglücklichen Ausgang des Krieges viele so niedergeschlagen geworden, daß sie glauben, für Deutschland sei in der weiten Welt nichts mehr zu hoffen. Diese trübe Stimmung schließt über das Ziel hinaus. Die großen Leistungen, die Deutschland in den vier Kriegsjahren vollbracht hat, haben im Auslande stärkeren Eindruck gemacht, als wir denken. Dieser Eindruck wird bleiben. Die japanische Regierung hat gerade jetzt für das gesamte Erziehungswesen eine Anordnung getroffen, durch die der deutschen Sprache in Japan mehr Raum geschaffen wird als bisher. Bisher war es so, daß auf den japanischen Ober-Gymnasien nur bestimmte Abteilungen Unterricht in deutscher Sprache erhielten, nämlich die jungen Leute, welche später Medizin, deutsches Recht oder deutsche Literatur studieren wollten. Auf den Mittelschulen, die den unteren und mittleren Klassen unserer Gymnasien entsprechen, war bisher englisch die einzige Fremdsprache. Nur in zwei Schulen wurde deutsch unterrichtet. Jetzt ist dem Englischen diese herrschende Stellung entzogen worden, und die Schüler können in allen Mittelschulen wählen, ob sie englisch, französisch oder deutsch lernen wollen. Man sieht, daß Japan größeres Gewicht als früher darauf legt, daß die deutsche Sprache Verbreitung findet. Diese Anordnung wird für den deutschen Einfluß in Japan von großer Bedeutung sein. Das geht hervor aus einem Briefe, der von den Missionaren der einzigen deutsch-evangelischen Mission in Japan kommt. (Allgemeiner Evangelisch-Protestantischer Missionsverein, Berlin W. 57, Ballasstr. 8/9.) In diesem Briefe heißt es: „Wir sind alle froh, daß wir so viel zu tun haben. Unsere (deutsche) Abend-schule hat noch mehr Schüler als letztes Jahr. Wir müssen sehr dankbar dafür sein. Ich erinnere mich, daß wir vor vier Jahren den Unterricht mit 2 Schülern begannen (natürlich wurden es später erheblich mehr), jetzt ist unser Schulraum zu klein. Die Tür mußte herausgenommen werden und einige Schüler sitzen im Vorraum. Auch die japanischen Gottesdienste sind gut besucht, wie nie zuvor, wenigstens seit ich in Japan bin. Dasselbe gilt von den Bibelstunden und Frauenversammlungen.“ — Auch in China ist die Stimmung in den regierenden Kreisen und in der Bevölkerung durchaus deutschfreundlich. Es ist dringend zu wünschen, daß das deutsche Volk diese Erscheinung beachtet.

Frankreich.

Lausang über den Frieden. Aus Paris wird gemeldet: Im Hotel Grillon empfing Staatssekretär Lausang, die rechte Hand Wilsons, die Pressevertreter, die ihn nach seiner Meinung Deutschland gegenüber befragten. Er erklärte, er erkenne wohl an, daß Deutschland im Augenblick auf Gnade und Ungnade den Alliierten ausgeliefert ist. Diese würden wohl auch eine rechtmäßige Entschädigung verlangen, aber er erklärte, daß Liebertreibungen nur das Gegenteil dessen bewirken würden, was man erstrebe. Es würden sonst neue Revolutionen entstehen, von denen auch die Nachbarländer die nachteiligsten Folgen zu spüren bekämen.

Eine Schreckensbotschaft

des Mainzer Journals vom 31. Januar:

Deutschland hat sich durch die Waffenstillstandsbedingungen verpflichtet, Schäden jeder Art, die es im Laufe des Krieges, besonders in Frankreich und Belgien, verursacht hat, gutzumachen. Wohl wenige Leute können sich ein Bild davon machen, welche ungeheure Schuld es aus diesem Grunde zu bezahlen haben wird. Jeder, der deutsche Zeitungen haben von einer Gesamtsumme von etwa 50 Milliarden gesprochen. Sie sind weit von der Wirklichkeit entfernt, sehr weit, und die Ausschüsse, die wir an Hand von Schätzungen hiesiger Personen geben können, zeigen uns bedeutend höhere, geradezu überwältigende Zahlen.

Die zerstörten Gebiete erstrecken sich von Dänkirchen bis zu den Bogenen, etwa 700 Kilometer Länge auf durchschnittlich 60—80 Kilometer Tiefe, was einen Flächeninhalt von rund 5 Millionen Hektar darstellt. Die dort wohnende Bevölkerung darf wohl auf 6 Millionen Seelen geschätzt werden. In diesem heute ganz oder teilweise verödeten Raum sind mindestens 250 000 Gebäulichkeiten gänzlich zerstört, während etwa 200 000 es teilweise sind. Um sich eine Vorstellung von diesen Ziffern machen zu können, sei erwähnt, daß die Zahl der Gebäulichkeiten in Paris und im Seine-Departement nur 236 000 beträgt. Die Wiederrichtung und Ausbesserung wird, wenn man dem heutigen Werte Rechnung trägt, mindestens 20 Milliarden kosten.

Es sind hier die zerstörten historischen Monumente und Kunstgegenstände hinzuzufügen. Der Wert der zerstörten bemerkenswerten historischen Gebäude beläuft sich auf 800 Millionen, der der Kirchenfenster, Skulpturen, Fresken usw. auf 200 Millionen, der der Monumentalgebäude auf 300 Millionen, zusammen 1 300 Millionen Franken. Wenn man den derzeitigen Kurs in Betracht zieht, sind zum Wiederaufbau usw. mindestens drei Milliarden erforderlich. Die durch die Mägen und öffentlichen Sammlungen erlittenen Schäden und Diebstähle belaufen sich auf rund eine Milliarde.

Das Hausgerät stellt noch durch Verschleissungsgeschäften allgemein angesehener Tage etwa 50 Prozent des Gebäudewertes dar, also über 15 Milliarden. Andererseits stellen die beigetriebenen Mägen, Möbel und die industriellen Anlagen wie auch der Verlust an Ruhezugsung einen Wert von mindestens 35 Milliarden dar.

Man hat also folgende Summen: Gebäulichkeiten 20 Milliarden, Mobiliar 15 Milliarden, Verluste an Industrie-werten 35 Milliarden, zusammen 70 Milliarden.

Vergleichen wir sei angeführt, daß der Zuzug der Eisenbahn nur 291 Millionen gekostet hat. Ein Eisenbahnnetz wie das der französischen Paris-Lyon-Mitteländischen-Eisenbahn mit seinen 10 300 Kilometern Schienen hat nur

4 Milliarden 700 Millionen gekostet. Man kann an diesen Ziffern erkennen, was Summen wie die oben angegebenen bedeuten.

Zu diesen 70 Milliarden sind noch die Bodenschäden hinzuzufügen. Die ausgehobenen Schützengraben bedecken etwa hundert Millionen Kubikmeter Erde; die Granatrichtern ebenbüßel. Mit diesen 200 Kubikmetern Erde baut man eine 30 Meter breite und 280 Kilometer lange Straße bis zum 6. Stockwerk der Häuser füllen!

Fügen wir zu den aufzufüllenden Schützengraben die Fortschaffen der 28 Millionen Quadratmeter Dörfer. Denken wir daran, daß über 100 000 Hektar für die Landwirtschaft verloren sind, da eine Ernte unmöglich und die Nutiere unter dem Kreidboden verschwunden ist. Wenn man noch die gänzlich verlorenen oder schlechter gewordenen sowohl den Gangenen als auch zukünftigen Ernten in Betracht zieht, die Verluste an Viehweiden, landwirtschaftlichen Maschinen, Wäldern und Obstbäumen, ferner die stark mitgenommenen Straßen, Kanäle oder Eisenbahnschienen, so wird man sich dies alles 30 Milliarden rechnen können.

Die Gesamtsumme erreicht also für Frankreich 100 Milliarden.

Aber Frankreich ist nicht der einzige zu entschädigende Staat. Belgien, England und andere Länder haben gelitten. Diese Zahl kann also verdoppelt oder verdreifacht werden.

Diese Zahlen sind wohl diskutierbar, obwohl sie nicht übertrieben sind, aber sie entsprechen den Tatsachen. Sie geben uns eine Idee von der Schuldenlast, die auf Deutschland ruht, von den ungeheuren Verpflichtungen, denen Deutschland nachkommen muß. Für uns Rheinländer, deren Land der Entente als Pfand für ihre Forderungen dient, bedeuten diese Zahlen, daß die Begehung durch die Alliierten sehr lange dauern wird, viel länger, als man gewöhnlich glauben will.

Aus Provinz und Nachbargebieten

!: **Ausbildung von Gewerbelehrern.** Nach einem Erlaß des Ministers für Handel und Gewerbe vom 14. Dezember 1918 ist beabsichtigt, von Ostern 1919 ab wieder einen Seminarkursus zur Ausbildung von Gewerbelehrern zu veranstalten, an dem auch Kriegsbeschädigte teilnehmen können. Der Kursus dauert ein Jahr. Die Aufnahmeprüfung beginnt Dienstag, den 11. Februar 1919. Anmeldebtermin war schon auf den 15. Januar 1919 festgesetzt, es dürften infolge der eingetretenen Verhältnisse auch noch Meldungen entgegengenommen werden, die jetzt einlaufen. Der „Gewerbeverein für Nassau“ ist bereits einlaufende Meldungen, einen ein Lebenslauf, Zeugnisse über Vorbildung und ein ausständiges Zeugnis beigefügt, dem Herrn Regierungspräsidenten zu übermitteln.

!: **Limburg, 5. Febr.** Hier hat sich ein Major Fischer von einem ausländischen Bataillon, weil er infolge der Neuordnung aus dem Dienst entlassen wurde, mit seinem Dienstrevolver erschossen.

!: **Weglar, 5. Febr.** In der Nähe der hiesigen Station wurde der 62jährige Arbeiter Hr. B. aus Klein-Altenhaden von einem Eisenbahnwagen überfahren und getötet.

!: **Weglar, 10. Febr.** In vielen Landorten sind wieder zahlreiche russische Kriegsgefangene eingetroffen, da sie infolge der Verhältnisse im Osten nicht ihre Heimat erreichen konnten. Die früheren Arbeitgeber haben sie gern wieder aufgenommen.

!: **Wiesbaden, 8. Febr.** Ein schweres Explosionsunglück hat sich bei der Determühle zugetragen. Es entzündete sich ein Behälter mit Benzin, wodurch ein Schuppen in Brand geriet. Der Schuppen brannte vollständig nieder. Bei dem Unglück wurden zwei Personen schwer verletzt; die eine von ihnen ist bereits den erlittenen Brandwunden erlegen.

!: **Frankfurt a. M., 5. Febr.** Auf dem Bahnhof Wiltenberg ereignete mehrere Frankfurter ob ihrer gewaltigen Verlesfälle großes Aufsehen. Man untersuchte sie einer näheren Untersuchung und fand, zwischen Wäsche und Hemd verborgen, Speck, Wurst und Butter in diesen Aufschlägen auf dem Rücken liegen. Nebenbei führten die Herren in Schließfächer 28 Pfund Butter, 150 Pfund Fleisch, 20 Pfund Weizenmehl und Grieß, 72 Eier und andere leere Dinge. Die Frankfurter fuhren sehr „mager“ in die Heimat zurück.

!: **Frankfurt a. M., 5. Febr.** Das städtische Wohnungsausschuss hat in Verbindung mit Körperchaften gleichen Tendenz die Bearbeitung der Pläne zu 200 neuen Kleinwohnungen in Angriff genommen. Bei Zugrundelegung der heutigen Baukostenrechnungen erfordern diese Wohnungen in Schiffe in Höhe von 16 Millionen Mark 1 500 Kleinwohnungen sollen in Verbindung mit der Eisenbahnverwaltung und gemeinsamen Verbänden geschaffen werden. Der Rest will die Stadt selbst herstellen.

!: **Frankfurt a. M., 6. Febr.** Zwei Automobilisten in Werte von 1200 Mark wurden von Dieben abgenommen und in einen Kellerraum des Polizeipräsidiums geschafft. Hier ließ man sie von zwei Leuten des Sicherheitsdienstes die Nacht hindurch „scharf“ bewachen. Wer siehe, am anderen Morgen waren die Reifen abermals gekohlen —, trotz der zweifachen Sicherheits-Wache.

!: **Essenbach, 6. Febr.** Nach Mitteilungen des Kreisgesundheitsamtes sind in der Stadt in den letzten Tagen drei Fälle von Blattern festgestellt worden. Die Einschleppung erfolgte aus dem Osten. Wegen der Weiterverbreitung der Krankheit sind alle Vorsichtsmaßnahmen getroffen. Die Erkrankten wurden dem Krankenhaus zugeführt.

!: **Essenbach, 5. Febr.** Bei der Sprengung von Explosivstoffen in der hiesigen Metallschraubenfabrik wurden Arbeiter nachmittags der Techniker Christ und der Arbeiter Wenzel getötet.

!: **Kassel, 5. Febr.** Zwischen Eisenberg und Wigenhausen überfiel eine bewaffnete Bande in der Nacht zum Mittwoch einen Güterzug, der wegen der starken Steigung sehr langsam fahren mußte. Das Zugpersonal war den Räubern gegenüber wehrlos und mußte die Ausplünderung mehrerer Wagen geschehen lassen.

!: **Von der Mosel, 8. Febr.** Wie geschrieben: Die Nachfrage nach 1918er Weinen hat sich schnell gesteigert und zu bedeutenden Umjagen geführt. Bezahlt wurden durchweg über 3000 Mark, nachdem einmal die Stufe, was schnell geschah, erreicht war. Es wurden hunderte von Fudern in letzter Zeit verkauft. Die Preise stellen sich

Bekanntmachung.

Ehon.

H. G r a i g n i c, Rittmeister.

Die Schichtlohnverwaltung

vormittags 10 Uhr

D. Schubert.

A. Baignic, Mittheiler.

Chr. Hassenkamp Ww. Diez, Coblenzerstr. 2

Verbrauchsmittel-Tant.

Der Vorstand.

[179]

Elektrizitätswerk Nievern.

Hof Bubenborn bei Singhofen

Baufstelle Ueberholungsgleis Nievern.

Photograph Spalte, 6ms.

bei **Th. Glasmann, GmB.**
 Kohlenerstr. 4 1178

Von Beileidsbesuchen bittet man absehen zu wollen.

[166]